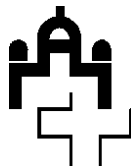


Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



## 19.2021      **Petition Swissveg und Verein gegen Tierfabriken Schweiz. Keine Gefährdung der Volksgesundheit unter Missbrauch von Subventionen**

---

Bericht der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 12. Oktober 2020

---

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat an ihrer Sitzung vom 12. Oktober 2020 die vom Verein «Swissveg» und vom Verein gegen Tierfabriken am 3. Juli 2019 eingereichte Petition geprüft.

Mit der Petition wird verlangt, für Fleischwerbung keine öffentlichen Gelder mehr zur Verfügung zu stellen.

### **Antrag der Kommission**

Die Kommission beantragt mit 15 zu 10 Stimmen, der Petition keine Folge zu geben.

Eine Minderheit (Grossen Jürg, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Wermuth) beantragt, die Petition an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine Initiative oder einen Vorstoss im Sinne der Petition auszuarbeiten.

Berichterstattung: schriftlich (Kategorie V)

Im Namen der Kommission  
Der Präsident:

Christian Lüscher

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



## 1 Inhalt der Petition

Die Petition verlangt eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes in dem Sinne, dass für Fleischwerbung keine öffentlichen Gelder mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Petenten begründen dies damit, dass ein höherer Fleischkonsum die Volksgesundheit verschlechterte und die Umwelt gefährde. Es sei deshalb nicht Aufgabe des Bundes, dafür zu sorgen, dass mehr Fleisch konsumiert werde.

## 2 Erwägungen der Kommission

Die Kommissionsmehrheit betont, es gehe bei der staatlichen Absatzförderung nicht darum, den Fleischkonsum in der Schweiz anzukurbeln. Unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums sei dieser seit Jahren stabil. Die Absatzförderung habe vielmehr zum Ziel, den Mehrwert des Schweizer Fleisches gegenüber importiertem Fleisch, dessen Anteil immer noch 20 Prozent ausmache, aufzuzeigen. Der Fleischkonsum in der Schweiz würde kaum zurückgehen, wenn Proviande auf öffentliche Gelder verzichten müsste. Die zu erwartende Konsequenz wäre viel mehr, dass vermehrt importiertes Fleisch konsumiert würde, was wiederum der aktuellen Landwirtschaftspolitik zuwiderlaufe.

Eine Minderheit beantragt, der Petition Folge zu geben. Aus ihrer Sicht steht die Investition von Steuergeldern in tierische Produkte generell im Widerspruch zu den Klimazielen des Bundes, einer nachhaltigen Umweltpolitik und einer gesundheitsbewussten Ernährung. Auf diesen Widerspruch habe auch die Eidgenössische Finanzkontrolle in einem Bericht vom 2018 zu Recht hingewiesen.